

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Wagnispreis vierteljährlich Mk. 2,70 einschließlich des „Wöchentlichen Unterhaltungsblattes“ in der Geschäfts-Kasse, bei unregelmäßigen Lieferungen sowie bei allen Reichs-Postanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, für den Fall der Unmöglichkeit der Lieferung, die Abnahme der Zeitung über die Lieferung der Zeitung über auf die Zeitung der Zeitung zu übertragen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüßengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüßengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Wk. Im Restamt die Zeile 10 Wk. Im amtlichen Teile die gespartene Zeile 50 Wk. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hanneböhln in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Nr. 3.

Sonnabend, den 4. Januar

1919.

Wahlen zur Volkstammer der Republik Sachsen.

Als vorläufige Vertretung des gesamten Volkes der Republik Sachsen wird eine Volkstammer gebildet, die aus 96 Abgeordneten besteht. Die Wahlen zu dieser Volkstammer finden **Sonntag, den 2. Februar 1919** statt.

Das Staatsgebiet ist in 3 Wahlkreise geteilt. Der 3. (Chemnitzer Wahlkreis) umfaßt die Bezirke der ehemaligen Reichstagswahlkreise 15—23 (30. Nationalwahlkreis). Zu wählen sind 37 Abgeordnete.

Ich fordere die Parteien des 3. Wahlkreises auf, die Wahlvorschläge für die Wahlen zur Volkstammer der Republik Sachsen spätestens bis Dienstag, den 14. Januar 1919 in meiner Geschäftsstelle, Chemnitz, Stadthaus, Poststr. 47, II einzureichen.

In den Wahlvorschlägen müssen die vorgeschlagenen Personen mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Es dürfen auf jeder Liste nicht mehr als 37 Personen vorgeschlagen werden. Von jeder vorgeschlagenen Person ist eine Erklärung über ihre Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. In demselben Wahlkreise darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 im Wahlkreise zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unterzeichner haben ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beizufügen. Den Wahlvorschlägen sind Bescheinigungen, die die Gemeindebehörden unverzüglich gebührenfrei auszustellen haben, beizufügen, wonach die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Erklärungen über die Verbindung müssen von den Unterzeichnern oder ihren Bevollmächtigten **spätestens Sonntag, den 26. Jan. 1919**, in meiner oben bezeichneten Geschäftsstelle eingegeben. Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. In den Wahlvorschlägen ist ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter zu bezeichnen, der für die Verhandlungen mit mir und dem Wahlausschusse zur Rücknahme der Wahlvorschläge sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungs-erklärungen bevollmächtigt ist. Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher. Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlages schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald mir die Erklärung zugeht.

Unter mehreren Wahlvorschlägen dürfen nicht dieselben Unterschriften stehen. Nicht zugelassen werden Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen, die verspätet einge- reicht oder erklärt sind oder den vorstehenden Erfordernissen nicht entsprechen.

Zu Mitgliedern des gemäß § 22 der Wahlordnung vom 30. November 1918 zu bildenden Wahlausschusses habe ich berufen die Herren

1. Regierungsratmann **Dr. Reich**,
 2. Privatmann **Eugen Kummer**,
 3. Arbeitersekretär **Robert Straube** und
 4. Professor **Dr. Behre**
- als Mitglieder,

und die Herren

1. Stadtamtmann **Dr. Chilian** und
 2. Kaufmann **Bernhard-Winkelmann**
- als Ersatzleute,

sämtlich in Chemnitz wohnhaft.

Chemnitz, den 1. Januar 1919.

Der Wahlkommissar für den 3. Wahlkreis.

Stadttrat **Dr. Härtwig**.

Auf Blatt 30 des Handelsregisters für den Stadtbezirk

(Firma: **C. W. Friedrich in Eibenstock**)

ist eingetragen worden:

Der bisherige Inhaber Christian Wilhelm Friedrich in Eibenstock ist ausgeschieden.

Inhaber ist der Kaufmann Carl Wilhelm Friedrich in Eibenstock, die Prokura des Kaufmanns Carl Wilhelm Friedrich in Eibenstock ist erloschen.

Eibenstock, den 31. Dezember 1918.

Das Amtsgericht.

Verkauf von Streichpaste

Sonnabend, den 4. d. Mts., in den Fleischergeschäften der Gruppe II.

Preis: 1 Pfund-Dose 4 Mark.

Eibenstock, am 3. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Erwerbslosen-Unterstützung

Kommt **Dienstag, den 7. Januar 1919** vormittags zur Auszahlung von

8—10 Uhr an weibliche Erwerbslose,
10—12 " " männliche Erwerbslose,

die spätestens am 23. Dezember 1918 Antrag gestellt haben und seit diesem Tage erwerbslos sind.

Die Unterstützungsberechtigten haben die Gelder **persönlich** abzuheben und dabei die **Kontroll- und Ausweis-Karten** vorzulegen.

Am Zahlungstage können keine Unterstützungsanträge entgegengenommen werden.
Eibenstock, den 3. Januar 1919.
Der Stadtrat.

Mietzinsbeihilfen

an Angehörige von **Kriegsteilnehmern** und an **Erwerbslose** kommen in der Stadtklasse zur Auszahlung am

Donnerstag, den 9. Januar 1919, und

Freitag, " 10. " "

an die **Vermieter** gegen Vorlage der Ausweis-Karte.

Eibenstock, den 3. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Die Entrichtung der Umsatzsteuer für die Monate August bis mit Dezember 1918 betreffend.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in Eibenstock aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für die Monate August bis mit Dezember 1918 **bis spätestens Ende Januar 1919** dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues, sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 M. beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 M. nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 M. bis 100000 M. ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind **Vordrucke zu verwenden**. Diese werden den in die Steuerrolle eingetragenen Steuerpflichtigen zugestellt. Soweit dies nicht der Fall sein sollte, können sie bei dem **Umsatzsteueramt** kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnisse des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Eibenstock, am 2. Januar 1919.

Der Rat der Stadt Eibenstock als Umsatzsteueramt.

Die Entrichtung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände (Luxussteuer) betreffend.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in Eibenstock aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für den Monat Dezember 1918 **bis spätestens Ende Januar 1919** dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Die Steuerpflicht erstreckt sich nicht auf Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.).

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände unterliegen auch diejenigen Personen usw., bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 M. beträgt.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 M. nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht

festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 M. bis 100 000 M. ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Diese werden bis Ablauf eines jeden Steuermonats den Steuerpflichtigen zugestellt. Soweit dies nicht zutreffen sollte, können sie beim **Umsatzsteueramte** kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Das Gastspiel Nabel.

Gegen die Neubildung der deutschen Koalitionsregierung führt der Spartakusbund seinen Begehrschlag, indem er im Konferenzsaale des preussischen Abgeordnetenhauses eine „Reichskonferenz“ abhält, sich als kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands neu etabliert und gleichsam als Dessert und Delikatessen den stammenden Anhänger den Genossen Nabel vorführt. Nabel, ein kleiner, schwächlicher Mann in russischer Soldatenuniform, ergreift das Wort und läßt sein Antlitz. Schon seit einiger Zeit war es in eingewählten Kreisen bekannt, daß dieser grimmigste aller russischen Bolschewisten in Berlin weilt. Nabel gehörte der zur Reichskonferenz der A. und S. Räte nach Berlin entsandten russischen Abordnung neben Joffe, Katowski u. a. als Sekretär an. Die Russen wurden aber bekanntlich in Dürburg festgehalten und dann über Müst nach Hause geschickt. Es ist nun, wie es scheint, Nabel als einzigem gelungen, trotzdem auf Schleichwegen, vermutlich mit falschem Ausweis oder durch Begünstigung kroatistisch angefränkter Grenzposten, die Linie zu überschreiten. Sehr wahrscheinlich ist er schon vor den Weihnachtstagen in Berlin eingetroffen und hat sich an dem großen Putz beteiligt. So gewinnt auch eine Stelle in dem mehrheitssozialistischen Bericht über die Vorgänge am 23. und 24. Dezember besondere Bedeutung. Es war da die Rede von „Drahtziehern und Hintermännern“ der Bewegung. Namen wurden nicht genannt. Aber nun weiß man einen: Nabel. Und es wird klar: Nicht nur russische Gelder, sondern auch russische Persönlichkeiten, Vertreter der Moskauer Sowjetregierung, sind an den Gewaltunternehmungen des deutschen Spartakusbundes unmittelbar beteiligt. Nabel bekleidet innerhalb der russischen Regierung das Amt eines hohen Ministerialbeamten. Er ist der Leiter des „Departements Zentral-Europa“. Das genügt wohl, um die Rolle erkennen zu lassen, die er in Berlin zu spielen beabsichtigt. Was er in Moskau vor hat und was er auch die Berliner gern sehen möchte, hat er kürzlich in einem ausführlichen Programm in der Zeitung „Zwestija“ auseinandergesetzt: Enteiern aller bürgerlichen Besitzes, durch organisierte Abteilungen von Zehntausenden von Arbeitern, und falls die bolschewistische Herrschaft bedroht werden sollte: rückichtsloser Terror. Ein noch nie dagewesenes Blutbad soll unter dem Bürgertum angerichtet, alle Geiseln sofort erschossen und alles zerstört werden, was noch an die alte Bourgeoisie erinnert. Insbesondere soll Moskau gegebenenfalls nur als Trümmerhaufen aufgegeben werden. Das ist Herr Nabel! Ueber die moralischen Eigenschaften und die Vergangenheit dieses Mannes ist man ja genügend unterrichtet. Er hielt einmal Soboljow und trieb sich in der politischen Sozialdemokratie herum, bis die Genossen, die er dort auf die Straße zu führen suchte, ihn eines Tages unter der Beschuldigung an die Lust setzten, daß er zwischen Mein und Dein nicht richtig unterschieden hätte. Er wurde wegen ehrenrühriger Handlungen aus der politischen Sozialdemokratie ausgeschlossen und ging nach Deutschland. In Polen war er Kradel, d. h. Dieb, geschimpft worden. In Deutschland nannte er sich K. Nabel. Als Nabel spielte er in der deutschen, namentlich in der württembergischen Sozialdemokratie eine Rolle. Er trieb in Stuttgart sein Unwesen, verdrängte zusammen mit Westmeyer den Redakteur Keil aus der „Tagwacht“ und leitete dann die „Göppinger Volkswacht“. Schließlich wurde er aus der deutschen Sozialdemokratie auf dem Chemnitzer Parteitag 1912 nach langer erregter Auseinandersetzung, die sich monatelang in der sozialdemokratischen Presse fortsetzten, ausgeschlossen. Während des Krieges arbeitete er in der Schweiz unter dem Pseudonym Parabelsum. Insbesondere forderte er in der „Reiner Tagwacht“ die Sozialdemokraten zu „offenen proletarischen Aktionen“ auf der Straße auf. Endlich erliefen er in Petersburg und wurde durch die dortige Revolution Leiter der offiziellen Nachrichtenvermittlung. Sein Auftreten in West-Litauen ist wohl noch in Erinnerung. Dort erklärte er sich mit Bobrinski zusammen als „einzig berechtigter Vertreter des polnischen Volkes“. Sollte Nabel etwa jetzt auch in die polnische Wirren eingreifen wollen? Gibt es kein Mittel, keinen Schutz gegen diese Wucherschäfte? Bei den Berliner Demonstrationen im vergangenen Sonntag wurden viele Tafeln getragen mit der Aufschrift: Obert, werde hart! Das ist wohl der allgemeine Strohseufzer angesichts des Gastspiels Nabel.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Unmöglichkeit der Wiederaufnahme des Kampfes. Die Entente erblickt, wie die Deutsche Waffenstillstandskommission mittelst, den Hauptzweck des Waffenstillstandes darin, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch

Heeresgut ist Reichsgut Gib heraus, was nicht Dir gehört.

Reichsverwertungsamt, Berlin W. 8, Friedrichstrasse 66.

Deutschland zu verhindern. Der Geist, in welchem alle weiteren Verhandlungen von Seiten der Entente geführt werden, hängt also davon ab, die Entente zu überzeugen, daß Deutschland die Demobilisierung ohne jeden Hintergedanken tatsächlich und so schnell wie möglich durchführt. Darum war es von Wichtigkeit, der Entente eine Uebersicht über die Fortschritte der deutschen Demobilisierung zu bieten. Das ist von Seiten der Deutschen Waffenstillstandskommission zum Jahreschluß in Form einer Note geschehen. Aus dieser Uebersicht geht hervor: An der gesamten Westfront befinden sich, abgesehen von den Friedensgarnisonen, nur noch einige 20 geschlossene deutsche Divisionen, deren älteste Jahrgänge auch bereits entlassen sind. Die Armeekorpskommandos und Heeresgruppenkommandos sind bereits in der Auflösung begriffen. Damit geht die militärische Kommandogewalt an der Ostgrenze der neutralen Zone vollständig in die Hand der Friedensgeneralkommandos über. Dieser Zustand wird bei der Heeresgruppe A bis 2. Januar, bei der Heeresgruppe B zwischen 10. und 13. Januar, bei der Heeresgruppe C etwa um dieselbe Zeit erreicht sein. Im Bereiche der früheren Heeresgruppe D läßt sich das Generalkommando des 16. Armeekorps die alleinige militärische Kommandogewalt aus. Damit ist deutscherseits die völlige Unmöglichkeit einer Wiedereröffnung der Feindseligkeiten erwiesen. Es wurde deshalb von der Deutschen Waffenstillstandskommission angeregt, nunmehr weitere Erleichterungen für den Verkehr und die Bewirtschaftung im besetzten Gebiet zu gewähren und an allen geeigneten Stellen der alliierten Kommandobehörden deutsche Verbindungsoffiziere einzustellen. Diese sollen die Kontrolle der Polizeitruppen in der neutralen Zone, die Regelung örtlicher Anfragen, sowie die Einreiseerlaubnis usw. erleichtern. Ferner wiederholte die Deutsche Waffenstillstandskommission ihr Ersuchen, zum Rücktransport der deutschen Truppen aus der Ukraine (rund 25000 Mann) den Seeweg freizugeben. Nach den letzten Meldungen ist die Bahn für den Abtransport aus Nikolajew bereits in den Händen harter bolschewistischer Banden. Der Landweg ist völlig abgeschnitten, einen deutschen Bahnschutz gibt es nicht mehr, die Gefahr wächst täglich, da mit Angriffen übermächtiger russischer revolutionärer Kräfte zu rechnen ist. Die Kampfkraft der noch auf russischem Boden stehenden deutsche Truppen ist infolge der Abgabe von Waffen und Munition an die Entente, sowie durch Mangel an Lebensmittel und ausreichender Verpflegung sehr geschwächt.

Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln. Die deutsche Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Die Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln wird gegenwärtig durch eine Kommission der Alliierten geprüft, welche ihren Sitz in London hat. Das Oberkommando der Alliierten hat der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, die Beschlüsse der Lebensmittelkonferenz würden der deutschen Waffenstillstandskommission übermitteln, falls diese für die Lebensmittelversorgung für zuständig erklärt werde. Darupon hat Staatssekretär Erzberger in Spa die Erklärung abgegeben, daß die deutsche Waffenstillstandskommission auch für die Inangriffnahme der Lebensmittelversorgung zuständig ist. Die weiteren Mitteilungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands werden also nunmehr an die Waffenstillstandskommission erfolgen.

Die maßlosen französischen Ablieferungsforderungen. Ueber die seit kurzem wieder eingetretene Stöckung im Rücktransport unserer Truppen wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Die Anforderungen der Entente bei der Abnahme unseres Eisenbahnmaterials werden immer maßloser. Wenn eine Maschine oder ein Waggon auch nur die geringsten Ausstellungen zuläßt, müssen binnen 48 Stunden zwei Maschinen und zwei Waggons gestellt werden. Die beanspruchten Maschinen und Waggons werden einfach zurückgehalten und als Beute erklärt. Außerdem fordert die Entente, daß die Gefangenenrücktransporte aus den östlichen Gegenden Deutschlands allen anderen Transporten vorangehen, also auch Kohlen-, Lebensmittel- und andere Transporte. Um die Entente zufrieden zu stellen, müssen also Maschinen und Waggons genommen werden, die für den Rücktransport unserer Truppen bestimmt waren.

Oesterreich-Ungarn.

Die deutsch-österreichische Nationalversammlung. Die Wahlen für die Nationalversammlung werden voraussichtlich am 16. Februar stattfinden.

Keine Internierung Madensens. Die in den letzten Tagen überall verbreitete Nach-

richt von einer Verhaftung Madensens durch die französischen Truppen wird von der ungarischen Regierung dementiert. Tatsache ist aber, daß die Ententeuppen gegen Madensens irgend eine Maßnahme planen, und es fanden auch am 31. Dezbr. diesbezgl. Konferenzen im ungarischen Kriegsministerium statt. Vorläufig ist aber die von der ungarischen Regierung verfügte Maßnahme, wonach Madensens das Schloß Foth nicht verlassen darf, noch immer in Geltung und eine Aenderung bisher nicht eingetreten.

Frankreich.

Erzählung mit dem Abbruch der Waffenstillstands-Verhandlungen. Nach Meldungen aus Paris berichtet der „Temps“ nach Informationen, die er aus dem Hauptquartier erhalten hat, daß die amtliche Anwesenheit von Vertretern der mit der Entente im Kriegszustand befindlichen Moskauer Sowjet-Regierung auf deutschem Boden den Alliierten die Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Einleitung von Friedensgesprächen unmöglich mache wird.

Amerika.

Amerikas Flottenpläne. Daniels erklärte in der Marinekommission, wenn die Versailles-Konferenz zu keiner allgemeinen Uebereinstimmung führe, so müßten die Vereinigten Staaten ihre Energie zur Schaffung der weitest größten Flotte der Welt ansapinnen.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 3. Januar. In den Fleischereigehäften der Gruppe II steht morgen Sonnabend nochmals Streichpaste zum Verkauf. Dieses Nahrungsmittel gewinnt wesentlich an Geschmack, wenn es durch Zwiebel, Pfeffer usw. noch etwas gewürzt, warm gegessen wird.

Dresden, 1. Jan. Auf bringendes Eruchen der Oberbürgermeister von Bautzen u. Zittau hat die sächs. Regierung Truppen in die Lausitz zum Schutze gegen einen Tschechenfall entsandt. Auch Artillerie ist nach den bedrohten Grenzgebieten geschickt worden. Der kommandierende General des 12. Armeekorps, Gög von Olenhufen, befindet sich in Zittau.

Zwickau, 31. Dezember. Die Mulde führte gestern Hochwasser. Sie überflutete an verschiedenen Stellen des Stadt- und Landbezirks die Ufer.

Auer, 2. Januar. Festgenommen wurde gestern Abend auf dem Bahnhof der Führergegänger St. aus Zwickau. Er war am gestrigen Tage aus dem Lazarett in Johanneorgenstent entlassen und hatte auf diesem Bahnhof am Fahrkartenschalter einem Fräulein 200 Mark aus der Handtasche gestohlen.

Falkenstein, 2. Januar. Töblich verunglückt ist gestern Abend auf diesem Bahnhof der in der Blauenstraße wohnende verheiratete Bahnarbeiter Hosmann. Derselbe ist durch einen umfallenden Gepäckwagen getroffen und sofort getötet worden.

Zur Erteilung von Tanzerlaubnis. Vom Ministerium des Inneren wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nicht berechtigt sind, Tanzerlaubnis zu erteilen. Zuständig hierfür sind nur die Verwaltungsbehörden. Verurteilungen auf Genehmigung der Arbeiter- und Soldatenräte schämen im Zuwiderhandlungsfalle nicht vor Strafe.

M. I. Ueber die Abgrenzung der Stimmbezirke auf dem platten Lande für die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung sind Zweifel entstanden. Es wird deshalb auf Folgendes hingewiesen: Oberster Grundsat für die Abgrenzung der Stimmbezirke ist wie bisher die Bestimmung in § 7 des Reichswahlgesetzes, daß die Stimmbezirke möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen sollen, und nur große Gemeinden in mehrere Stimmbezirke zerlegt, kleine mit benachbarten zu einem Stimmbezirk vereinigt werden sollen. Bedinglich zur Ausführung dieses Grundsatzes bestimmt § 9 Abs. 1 der Wahlordnung, daß jeder Stimmbezirk nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 durchschnittlich 2500, höchstens 3500 Einwohner umfassen soll. Hier kommt gegenüber dem Reichstagswahlrecht zum Ausdruck, daß die Stimmbezirke mit Rücksicht auf die Ausdehnung des Wahlrechts in der Regel kleiner sein müssen, als bisher. Es ist aber die alte Höchstgrenze von 3500 Einwohnern beibehalten worden, da Fälle denkbar sind, daß eine neue Abgrenzung der Stimmbezirke mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden sein könnte. Da hiernach eine Ueberschreitung der Durchschnittszahl von 2500 um 1000 Einwohner zulässig ist, versteht es sich von selbst, daß die Größe der Stimmbezirke auch unter dem Durchschnitt bleiben kann. Nach wie vor können also für die Abgrenzung der Stimmbezirke in weitem Umfang Zweckmäßigkeitsbeträgungen maßgebend sein. Die Stimmbezirke dürfen weder so groß sein, daß die Wahlbeteiligung, z. B. infolge zu großer Entfernungen oder schlechter Verbindungen beeinträchtigt wird, noch so klein, daß die Geheimhaltung der Wahlen wegen der geringen Zahl der Wähler in Frage gestellt wird.

Von der böhmischen Grenze, 31. Dez. In den böhmischen Grenzorten Fröhfuß und Sauerack starben vor den Weihnachtstagen aus drei Familien fünf Personen nach dem Genuße von Gebäck

aus vergiftetem Mehl. Eine 63 Jahre alte Frau Baumgart wurde unter dem Verdachte, Gift in das Mehl gemischt zu haben, verhaftet, ihre Tochter Baumgart soll mitbeteiligt sein.

Religion — Privatsache.

In den süddeutschen Monatsheften hat einmal Wily Kollb in Karlsruhe die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion behandelt und schreibt da unter anderem folgendes: „Erklärung der Religion zur Privatsache bedeutet nicht das, was die Apostel des Freidenkertums in der Sozialdemokratie aus ihr gemacht haben. Dem Bekenntnis zu dem demokratisch-sozialistischen Glauben steht der positive Gottesglaube ebensowenig im Wege wie das Freidenkertum. Es ist nicht Sache der Sozialdemokratie, in dem religionsphilosophischen Streit Partei zu ergreifen. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die Sozialdemokratie dem Mißbrauch, der von gewisser Seite mit der Religion zu politischen Zwecken getrieben wird, nicht entgegenzutreten darf. Diese Abwehr wird von um so größerem Erfolge sein, je mehr Presse und Partei sich davon fernhalten, die Religion als solche zum Gegenstand von Angriffen zu machen. Die Religion wird auch im weiteren Verlaufe der sozialen und geschichtlichen Entwicklung noch eine große und bedeutsame Rolle spielen und wenn wir auch heute noch nicht wissen können, welche religionsphilosophischen Systeme in Zukunft das sittliche Verhalten der Menschen bestimmend beeinflussen werden, so steht doch soviel fest, daß auch die sozialistische Gesellschaft keine gänzlich religionslose sein wird. Ueberdies ist es meine und vieler anderer Sozialdemokraten feste, auf langjähriger Erfahrung beruhende Ueberzeugung, daß die Werberarbeit des leichten philosophischen Materialismus in den Kreisen der Sozialdemokratie nicht nur das politische Verantwortungsgefühl, sondern dieses ganz allgemein schwer geschädigt hat. Das Verhalten eines Teils der sozialistischen Jugend und die Art, wie jetzt die Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie ausgefochten werden, muß zu denken geben. Also, es handelt sich hier um ein sehr ernstes, von der Sozialdemokratie nicht auf die leichte Achsel zu nehmendes Problem.“ Kollb sagt also kurz gefaßt: Wenn auch politischem Mißbrauch der Religion von der Sozialdemokratie entgegengetreten werden muß, kann doch die Sozialdemokratie die Religion nicht ausschalten und darf sie nicht bekämpfen. Die der Religion abgewandte sozialistische Werberarbeit untergräbt jedes Verantwortungsgefühl, wie das Verhalten sozialistischer Jugend und sozialistischer Kämpfer unter einander beweist. — Was ergibt sich für die Gegenwart aus diesen Sätzen? Es folgt daraus die Ansicht, daß die Sozialdemokratie dem früheren Staate auf die Finger sehen mußte, damit er seine Stellung zur Kirche nicht mißbrauche, daß also die Kirche dem früheren Staate auch politisch wesentliche Dienste hat leisten können. Daraus aber folgt, daß der neue Staat ebensowichtige Dienste von der Kirche hätte erwarten können, wenn er die Nachfolge in die Rechte und Pflichten des früheren Staates gegenüber der Kirche eingetreten wäre. Statt dessen will der neue Staat die Kirche sich zur Feindin machen. Ist das klug? Die gegenwärtigen Machthaber vergessen sich in ihrem Hass aber noch viel weiter. Sie treiben Kirche u. Religion zur Schande hinaus. Und doch führt Kollb das von ihm beklagte Verhalten der sozialistischen Jugend auf die Hegearbeit sozialistischer Agenten gegen die Religion zurück, die das Verantwortungsgefühl schwer geschädigt habe. Er hat sehr recht. Wo sollen die Kinder, deren Eltern den ganzen Tag über ihrer Arbeit außer Hause nachgehen, Su-

tes lernen, außer in der Schule, und welche Sittenlehre könnte dem Religionsunterricht gleichgestellt werden; der dem kindlichen Gemüte in bildreicher, verständlicher Form die Verantwortung vor dem allgegenwärtigen, allwissenden, alles sehenden Gotte einprägt, um es dann in gleicher Weise in die Heilsgeschichte zu führen. Luther war im gewissen Sinne auch Sozialist, denn er hat die christliche Glaubenslehre vergesellschaftet. Er war aber mindestens durch und durch ein Volksmann. Was sagt er? „Wo die heilige Schrift nicht regiert, da rate ich niemand, daß er sein Kind hintue.“ Wir aber sollen jetzt gezwungen werden, unsere Kinder in religionslose Schulen zu schicken. Warum? Weil unsere zeitweiligen Machthaber nicht den weiten sozialistischen Ausblick haben wie z. B. ein Kollb, sondern blüddings und ohne Verzug die ihnen als Stütze des früheren Staates verdächtige Kirche treffen möchten, obwohl sie der neuen Republik ebensogut eine Stütze hätte werden können! Dabei wissen die Machthaber von heute noch nicht, ob ihre Macht den März erlebt! Nun, die Geschichte wird über sie hinweggehen, die Religion aber wird bestehen. Unsere Kinder jedoch, die Zukunft unseres Volkes, sollen nicht unter der Kurzsichtigkeit Einzelner leiden. Darin sind die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen einig. Jeder bewußte Sozialist mußte deshalb sich aus vollster Ueberzeugung gegen die Ausschaltung des Religionsunterrichts aus der Schule wehren, denn die Erziehung seiner Kinder ist ihre Hauptsache; sie soll der neue Staat fördern, damit ein Geschlecht erblüht, befähigt, den Ausbau des Reiches bis zu dessen Wiedererrichtung durchzuführen. Darauf sollen diese Seiten hinweisen. H.

Sarte, aber wahre Kritik eines Ausland-Deutschen.

Die „Dresdner Nachrichten“ erhalten die folgende Zuschrift: „In der Vorabend-Ausgabe der Sonnabend-Nummer der „Dresdner Nachrichten“ befindet sich die ganz unglücklich klingende Mitteilung über die allen Befehlen der gesunde Vernunft und Moral hohen sprechende Auszahlung des rückständigen (?) Gehalts an Fahnenflüchtige. Erst seit etwa 7 Wochen bin ich wieder in Deutschland, nachdem ich während des Krieges im neutralen Auslande zubringen mußte, und erkenne direkt mein Vaterland nicht wieder. Sind denn alle hier irrjümic geworden? Wird sich wirklich die ganze Intelligenz Deutschlands so lange passiv verhalten, wie in Rußland, bis Deutschland bis in Grund und Boden ruiniert ist? In Berlin war ich Zeuge der öffentlichen Umzüge der Fahnenflüchtigen durch die Straßen, und kein Mensch hat dagegen protestiert, und jetzt erhalten diese Leute, der Boden des deutschen Volkes, auch noch extra Entschädigung für ihren Landesverrat. — Man glaubt zu träumen, man will nicht glauben, was man mit eigenen Augen und blutendem Herzen sehen muß. Weshalb schweigen die Frontsoldaten? — Ich lebte im neutralen Lande und habe mein ganzes, in 20 Jahren mühsam erworbenes Kapital in deutscher Kriegsanleihe angelegt, habe noch zur achten Kriegsanleihe einen Neutralen überredet, für 75000 M. Anleihe zu kaufen, aber ich wie auch der Neutral habe unser Geld dem kaiserlichen Deutschland gegeben und nicht dem Feindling. Das Deutsche Reich hat nicht das Recht, das genommene Geld für andere Zwecke zu verwenden, als zu welchen es bestimmt war. Der unverantwortlichen Verschwendung unseres Geldes muß sofort und mit aller Energie Einhalt getan werden, bevor es zu spät ist. Dieses Geld ist Kaiser-

mögen, und wer es verschleudert, muß sofort zur Verantwortung gezogen werden. Nach dem öffentlichen Umzüge der Feindlinge, welche doch eigentlich allen Grund hätten, sich still zu verhalten, kam man ja alle Tage darauf gefaßt sein, öffentliche Umzüge von Pferdedieben, Taschendieben usw. mit ihren Abzeichen zu sehen, vielleicht wird dann auch diese Gesellschaft von der jetzigen Regierung für die Zeit entschädigt werden, die die Herren im Gefängnis zugebracht haben? Ich habe über 40 Jahre im Auslande zugebracht, bin mit Leib und Seele Deutscher geblieben und war stolz darauf. Kann man es jemand in Zukunft verübeln, wenn es anders wird und im Auslande unfähige Deutsche dem Vaterlande untreu werden und nicht, wie das bis jetzt üblich war, im Alter mit dem erworbenen Kapital nach Deutschland zurückkehren? Ich besahe mich speziell mit dem Verkauf deutscher Erzeugnisse nach Rußland, habe jährlich Tausenden deutscher Arbeiter das tägliche Brot zu verdienen gegeben, und zwar nicht aus Eigennutz, sondern hauptsächlich aus Liebe zu meinem Vaterlande; denn ich konnte leichter und schneller an amerikanischen Waren derselben Branche Geld verdienen, und schwer ist mir in den letzten Jahren die Konkurrenz gemacht worden. Wenn unsere Industrie nicht ganz und auf lange Zeit zugrunde gerichtet werden soll, so muß rasch und energisch gehandelt werden, sonst geht es uns noch schlechter als den Russen.“

Bermischte Nachrichten.

Privatakt Kaiser Wilhelm II wurden einem bekannten Berliner Maler von einem angeblichen Ingenieur zum Kauf angeboten. Der Besitzer der wichtigen Dokumente verlangte für die Briefe, die er zu „Sammelzwecken“ verkaufen wollte, 1000 M. Die Kriminalpolizei erhielt Kenntnis von diesem eigenartigen Geschäft, suchte den Verkäufer, der in einem Pensionat in der Königgräber Straße wohnte, und fand hier neben den Briefschaften des Kaisers auch noch verschiedene Waffen, Revolver, Pistolen und Karabiner vor, die sie mit den Aktenschildern beschlagnahmte. Der angebliche Ingenieur, gegen den eine Untersuchung eingeleitet wurde, gibt an, sie von einem Matrosen aus dem Schiffe gekauft zu haben. Es handelt sich auch um Schriftstücke, die zweifellos aus den Aktenschildern des Oberhofmarschallamts gestohlen sind. Auch in dieser Richtung ist eine Untersuchung eingeleitet.

Was die Kirche dem Staat leistet, darüber hat der Statistiker Schneider auf der August-Konferenz am 22. August 1918 einen tiefgründigen Vortrag gehalten. Der hervorragende Sachkenner schätzt allein die Leistung der evangelischen Kirche an Anstalten für Blinde, Taubstumme, Krüppel, Stiche, Alte usw., die sonst der Staat unterhalten müßte, auf mehr als 100 Millionen Mark, vielleicht auf 140 bis 150 Millionen Mark in jedem Jahr! Was die Kirche dem Staat und anderem Volksleben an inneren geistigen Werten bietet und leistet, läßt sich natürlich nicht zahlenmäßig feststellen. Kein Kenner wird leugnen, daß hier noch weit größere Werte in Betracht kommen.

Vor Freude des Wiedersehens gestorben. Ein tragischer Fall hat sich auf dem Oberstadtbahnhof in Kassel ereignet. Der Generalleutnant Emil Waldorf, bisheriger Kommandeur der 52. Reserve-Infanterie-Division, Ritter des Pour le merite, welcher nach mehrjähriger Abwesenheit im Kriege, von Koblenz kommend, mit dem Frankfurter Personenzug in Kassel eingetroffen war, wurde beim Aussteigen aus dem Abteil des Juges, als ihn seine Gattin in Empfang nehmen wollte, vor Freude des Wiedersehens von einem Herzschlag betroffen und starb auf der Stelle in den Armen seiner Gattin.

Zu Zweien einsam.

Roman von S. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Die beiden Besitzungen grenzten aneinander und bildeten vereint einen herrlichen Besitz. Es gehörten die fruchtbarsten Äcker und die herrlichsten Wälder des gegengenen Thüringerlandes dazu, und die Freiherren von Schönburg-Buchau hatten allseitig eine große Rolle in der Geschichte des Landes gespielt.

Der jetzige Besitzer, Heinrich von Schönburg-Buchau, war seit einem Sturz mit dem Verbleibe ein kränklicher, leidender Mann, der sich vom öffentlichen Leben ganz zurückgezogen hatte, seit seine Gattin vor vier Jahren starb. Er lebte ein stilles Leben mit seinem einzigen Kinde. Mit ihm würde das Geschlecht der Schönburgs aussterben, deshalb hatte er ein Gesuch an seinen Landesherren gerichtet, daß der alte Name einst auf denjenigen übertragen werden dürfte, der Bischoffs Gemahl würde. Das Gesuch hatte der Landesherren kuldbollt berücksichtigt und seine Genehmigung erteilt, sofern der zukünftige Gatte der Freiin Elisabeth Charlotte von Schönburg-Buchau aus einem adligen Hause stammte.

Vorläufig war Biselotte nun freilich noch ein Kind und kümmerte sich wenig um Rechte und Pflichten einer Reichsfreien von Schönburg. Sie war ein fröhliches, etwas eigenwilliges und trotziges Persönchen, nach deren Willen alles ging, was in Schönburg geschah. Ihre Erzieherin und Gesellschafterin, Fräulein Frieda von Schlegel, ein schon etwas verbläutes, altes Mädchen, wurde von ihr ebenso beherrscht wie ihr eigener schwacher Vater, der dem einzigen Kinde nichts verlagern konnte.

zum Glück war Biselotte ein gutmütiges, liebevolles Kind mit lebenswerten Eigenschaften, so daß diese Erziehung nicht viel Schaden anrichten konnte. Nur selten kamen ihr Trost und Eigenwille zum Durchbruch, und dann hatte er seinen Grund meist in Begehrenheiten, die ihr ihn eher zum Vorteil gereichen ließen.

Es durfte zum Beispiel kein Bettler unbekannt fort-

gewiesen werden, niemand durfte ihren geliebten Vater in ihrer Gegenwart eine Bittleistung angeheischen lassen, als sie selbst, und keiner sollte das Recht haben, Gaben auszuverteilen, als sie. Und sie schenkte gern und viel und war glücklich, jemand erfreuen zu können.

Als Heinrich von Schönburg mit den beiden Heimgelosen in seinem Arbeitszimmer saß, sagte er lächelnd:

„Du siehst mich so unsicher und erwartungslos an, lieber Fris, als wollest du fragen: nun möchte ich bloß wissen, was der gute Heinrich herausfinden wird, etwas Brauchbares sicher nicht. — Habe ich recht?“

„Heilich gesagt, ja. Ich zweifle nicht an deinem guten Willen, mir helfen zu wollen, nur kann ich mir nicht denken, daß es dir möglich ist.“

„So höre zu und entscheide. Du weißt, mit meiner Gelandheit ist es schlecht bestellt. Schönburg und Buchau haben zwar jedes einen tüchtigen Inspektor, aber die Oberleitung liegt doch in meinen Händen. Und ich merke, daß diese Hände von Tag zu Tag schwächer werden. Mit einem Wort, ich brauche jemand, der hier die Räder in die Hand nimmt. Schon lange habe ich mich im stillen nach einer geeigneten Person umgesehen, aber es ist schwer, jemand zu finden. Als ich von dir hörte, daß du Gernrode brangenben müßt, da war ich so egoistisch, an mich zu denken. Du bist eine vorzügliche Akquisition für mich, Fris, aus mehr als einem Grunde. Du bist ein tüchtiger Landwirt, ein sanfter Forstmann, du kennst Land und Leute hier, bist gesund und rüstig — und — das ist die Hauptsache — du hast meine Biselotte ein wenig lieb und sie dich auch. Warum mir das letzte so wichtig ist, will ich dir auch sagen, damit du klar siehst. Ich hatte kirchlich eine Konferenz mit meinem Arzt. Mein Rückenmark leidet, das mir jener unglückliche Sturz vom Verbleibe einbrachte, schreitet täglich vor; es kann unter Umständen einen sehr frühen Tod zur Folge haben. Da machst mir mein Kind Sorge. Sie ist noch kein fertiger Mensch, und ich weiß nicht, in welche Hände sie kommt, wenn ich nicht beiseiten für sie sorge. Da hab ich an dich gedacht, Fris, du wärst der Mann, der als Biselottes Vormund, als ihr Schützer und Berater alle Bedingungen zu erfüllen im-

stande wäre. Da du in der Lage bist, mir diese Sorge vom Herzen zu nehmen, frage ich dich, ob du gewillt bist, vorläufig als Administrator meiner Güter, später — nach meinem Tode — als Biselottes Vormund, als ihr zweiter Vater in Schönburg zu bleiben?“

Fris Gernrode hatte aufmerksam zugehört. Nun richtete er sich aus seiner versunkenen Stellung auf und sah dem Freund fest und forschend ins Auge. „Brauchst du wirklich eine solche Hilfe, Heinrich, oder schaffst du diese Stellung, dieses Amt nur, um mir zu helfen?“

„Ich brauche dich nötiger als du mich, glaube es mir.“

„So bin ich bereit, deinen Vorstoß anzunehmen, und ich gelobe es dir, daß es dich nicht reuen soll.“

„Das weiß ich. Hab Dank für deine Einwilligung. Und nun zu Wolf. Auch für Sie hat mir der Insfall ein Amt in die Hände gespielt, lieber Wolf. Sie wollen doch sicher Landwirt bleiben?“

„Am liebsten, denn nur als solcher vermag ich etwas zu leisten, da ich von Jugend auf an meinem Vater einen tüchtigen Lehrling hatte. Auch liebe ich meinen Beruf und würde nur ungern zu einem andern greifen, selbst wenn ich dazu die nötigen Kenntnisse hätte.“

„Schön, dann kann ich Ihnen behilflich sein. Ein alter Bekannter von mir, Graf Deelenkamp, braucht einen tüchtigen Verwalter, da er viel auf Reisen ist. Seine Besitzungen liegen in Ostpreußen. Sie sind zwar ein wenig zu jung, Wolf — mit fünfundsiebenzig Jahren ist man sonst noch nicht imstande, einen so verantwortungsvollen Posten auszufüllen. Sie sind aber schon durch eine harte Schule gegangen, ich könnte Sie dem Grafen Deelenkamp mit gutem Gewissen empfehlen. Wenn Sie wollen, schreibe ich noch heute an ihn, und Sie können in kürzester Zeit antreten.“

„Ich wäre Ihnen sehr zu Danke verpflichtet, Herr von Schönburg, ich wäre doch der Nähe überhoben, lange nach einer passenden Stellung zu suchen. Je früher ich eine neue Tätigkeit erhalte, desto leichter werde ich über die Trennung von Gernrode hinwegkommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Nachrichten aus der Kirchengemeinde Elbenstock
vom 28. Dezember 1918 bis 4. Januar 1919.

Gelauft: 84) Georg Johannes Müller.
Beerdigt: 171) Hans Emil Hahn, Wärtner von hier, ledigen Standes, 19 J. 8 M. 9 T. 172) Hermann Franz Staab, Polizeimann hier, ein Ehemann, 74 J. 1 M. 2 T.

Am Sonntag nach Neujahr.
Vorm. 9 Uhr: Predigtgottesdienst, Pfarrer Starke. Darauf: Besichte und heil. Abendmahl, Pastor Wogner.

Am Erscheinungsfeste.
Vorm. 9 Uhr: Predigtgottesdienst, Pastor Wagner.
Kirchenmusik: Die heiligen drei Könige. Weihnachtslied für Frauenchor und Orgel von M. Krümpelmann.
Nachm. 1 Uhr: Kinder-gottesdienst, Pastor Wagner. Nachm. 5 Uhr: Missionsgottesdienst, Pfarrer Starke.
Kollekte für die Heidenmission.
Die Besuche am Mittwoch abend fällt aus.

Sep. ev.-luth. St. Johannes-Gemeinde.
Am Heidenmissionstage vorm. 10 Uhr: Segensgottesdienst.
Abends 7,7 Uhr in Sofa: Predigtgottesdienst und Katechismuslehre.
Dienstag abends 7,9 Uhr hier: Predigt und Bestunde.

Methodisten-Gemeinde.
Sonntag vorm. 10,10 Uhr: Predigt, Prediger Vogels. Vorm. 11 Uhr: Sonntagsschule. Abends 8 Uhr: Predigtgottesdienst, Prediger Vogels.
Sohnenjahre abends 8 Uhr: Predigtgottesdienst.
Freitag abends 7,9 Uhr: Gebetsstunde.

Kirchennachrichten aus Schönheide.
Sonntag nach Neujahr (den 5. Januar 1919).
Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst mit Predigt über Matth. 2, 13-23. Pastor Mänchen. Nach dem Gottesdienst Besichte und heil. Abendmahl, Pfarrer Wolf.
Epiphaniastag (Montag, den 6. Januar 1919).
Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst mit Predigt über Luc. 2, 26-32, Pfarrer Wolf. Nachm. 2 Uhr: Kinder-gottesdienst für das 5. und 6. Schuljahr, Pfarrer Wolf.
Am Sonntag und am Epiphaniastag soll nach dem Gottesdienst eine Kollekte für die Heidenmission veranstaltet werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. Januar. Der Kriegsminister Scheuch hat den von ihm erbetenen Abschied jetzt erhalten. Zu seinem Nachfolger ist, wie der „Volkswagen“ hört, der württembergische Oberst Reinhardt ernannt worden. Oberst Reinhardt gehörte vor dem Kriege dem württembergischen Kriegsministerium an und wurde dann zum Großen Generalstab versetzt. Im Kriege war er zuletzt Chef des Stabes eines A.-D.-A. und im April v. Js. zu seinem Dienstgrad befördert, übernahm er das D-

mobilmachungsdepartement im preussischen Kriegsministerium.

Berlin, 3. Januar. Wie das „Berl. Tagbl.“ hört, ist in der Frage, ob die Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei auf ihrem Ministerposten in Preußen verbleiben oder ob bereits eine grundsätzliche Entscheidung gefallen sei, vereinbart worden, daß die Zugehörigkeit zur unabhängigen Partei kein Hindernis für das Verbleiben der einzelnen Mitglieder im Amte sein soll. Man will von Fall zu Fall prüfen, welche Persönlichkeiten unter den gegenwärtigen Umständen im Amte verbleiben können, oder welche mit Rücksicht auf die politische Lage ausscheiden müssen. Bei einzelnen Persönlichkeiten des preussischen Ministeriums ist bereits die Entscheidung gefallen. Es dürfte als sicher gelten, daß Adolf Hoffmann das Justizministerium verläßt.

Berlin, 3. Januar. Die Verpflegungsstation Rakel, die westlich von Bromberg liegt, ist, wie der „Volkswagen“ meldet, von den Polen erstickt worden. Menschen und Schneidemühl erwarten in nächster Zeit, wahrscheinlich schon heute nacht, den Einmarsch der Polen.

Reise, 3. Januar. Im Offiziergefangenenlager versuchten die Offiziere eine bewaffnete Ausrüstung, zu dessen Unterdrückung Militär aufgeboten werden mußte. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete.

Braunschweig, 3. Januar. Die gestrige öffentliche Versammlung des A- und S-Rates, in der die Unabhängigen die Fäden in der Hand hatten, nahm einen ungewöhnlich bewegten Verlauf und endete mit einer schweren Regierungskrise. Zur Beratung und zur Beschlußfassung stand ein Antrag über die Einberufung des Landtages und eine Denkschrift über ein Arbeits- und Regierungsprogramm. Die Aufregung erreichte ihren Höhepunkt, als der Antrag des Präsidenten mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen wurde, wonach die ganze Denkschrift als ungewöhnlich abgelehnt und dafür eine gemeinsame Denkschrift des Präsidenten und sämtlicher Volkskommissare gefordert wurde. In diesem Verfahren erblickten 5 Volkskommissare ein Mißtrauensvotum und erklärten sofort ihren Rücktritt mit der Begründung, die bisherige Wertschrift könne so nicht weiter gehen. Da der A- und S-

Rat aus seinen Reihen zur Zeit die Volkskommissare nicht ersetzen kann, will man die Demission nicht annehmen.

Wien, 3. Januar. Die österreichische Presse gibt die Meldung wieder, daß England deutsch-österreichische Offiziere für seine Kolonien anwirbt. Die „Deutsche Ztg.“ erfährt, daß Amerika in Deutschland ähnliche Versuche macht.

Wien, 3. Januar. Ueber die Besetzung Rigas ist folgender Funkspruch eingetroffen: Die Hauptstadt Lettlands, das rote Riga, befindet sich in den Händen des lettischen Sowjets. Der Bürgerlichen bemächtigte sich eine Panik. Die deutschen Truppen unterwarfen sich dem lettischen Sowjet. Den Sowjet von Riga schlägt den Arbeitern und Bauern vor, sofort lettische Orts- und Bezirksgemeinden zu bilden.

Budapest, 3. Januar. Ueber das Vorgehen der Franzosen gegenüber Madenschen wird mitgeteilt: Die ungarische Regierung hatte nicht genug Truppen, um die Internierung der Madenschen Armee streng durchzuführen, und es gelang verschiedenen Teilen, die Grenze Ungarns zu überschreiten. Der französische Oberkommandant hegt den Verdacht, daß Madenschen selbst sich nicht mehr im Lande befindet. Wie verlautet, will man darüber verhandeln, ob die französischen Truppen, welche ursprünglich zur Besetzung Budapests bestimmt waren, zur Internierung der Madenschen Armee verwendet werden.

Fasel, 3. Januar. Gestern abend ist Wilson mit seiner Gattin sowie dem Admiral Grays, und den Generalen Lokret und Parz von Paris nach Italien abgereist. In Rom findet ein feierlicher Empfang statt. Der Präsident bewohnt die Räume des Herzogs von Genoa im Quirinal. Am 5. Januar wird der Papst den Präsidenten mit seiner Gemahlin empfangen.

Haag, 3. Januar. Clemenceau empfing eine Deputation des allgemeinen Arbeiterbundes. Er ersuchte um Aufstellung eines detaillierten Programms der Arbeiter, damit es ihm möglich wäre, sie bei der Friedenskonferenz zu unterstützen.

Öffentliche Wahlversammlung

der deutsch-nationalen Volkspartei.

Sonntag, den 5. Januar 1919, 1/4 Uhr

wird einer unserer Kandidaten für die Nationalversammlung

Dr. Barth-Zwickau

im „Deutschen Hause“ zu Elbenstock sprechen.

Nach dem Vortrage ist eine allgemeine Aussprache vorgesehen.

Alle wahlfähigen Frauen und Männer sind willkommen.

Die Ortsgruppe der deutsch-nationalen Volkspartei.

Beitrittserklärungen nimmt entgegen: Schneiderobermeister **Pfefferkorn**, vordere Mehmerstraße 10, Oberlehrer **Grundmann**, Schulstraße 7, Rechtsanwalt **Lottermoser**, Wiesenstraße 6.

Eine herrschaftl. Wohnung
(Moltkestraße) zu vermieten und ab 1. April 1919 bezugsbar.
Ortsr. Meichsner.

Fräulein
für Kontor-, Lager- und Reparaturarbeiten zum sofortigen Antritt gesucht.
Angebote mit Gehaltsansprüchen sind zu richten unter B. A. an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine guterhaltene **1/2-Handstickmaschine** ist zusammen mit einer gutgehenden **Fädelmaschine** (Koppel) sofort preiswert zu verkaufen.
Otto Schöning.

Mehrere **Wohn- und Geschäftshäuser** billig zu verkaufen durch
Ortsr. Meichsner.

Eine Stube mit Kammer zu vermieten.
Emil Unger, Südstr. 15.

Dem geehrten Publikum von Elbenstock und Umgegend zur gefälligen Mitteilung, daß ich mein **Friseurgeschäft** wieder eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, die mich besuchenden Kunden sauber und prompt zu bedienen.
Hugo Löschner.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Feingange unseres teuren Entschlafenen
Hans
sagen wir allen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen, unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank seinen lieben Freunden und Kameraden.
Familie Emil Hahn und Hinterbliebene.

Kunstseidenfäden : - : **Naturseidenabfälle** zu guten Preisen.
Diamant, Zwickau, Sa.,
Bahnhöfstr. 21 B. Tel. 612.

Das zum Nachlaß des verstorbenen Gustav Heymann, Mohrenstraße hier gehörige **Hausgrundstück mit Stall** ist zu verkaufen. Näheres durch
Ortsr. Meichsner.

Gesunde gelbe **Kohlrüben**, à Str. 8 M., empfiehlt zur recht flotten Abnahme
F. Bauer, Karlsbadstr. 7.

1 Dampfmaschine und 1 Motor zu verkaufen
Wiesenstraße 16, II.

Schöne Halb-Etage ab 1. April zu vermieten bei
Paul Schürer, Postplatz.

Haus-Ordnungen sind vorrätig in der Buchdruckerei von
Emil Gannebohn.

Erzgebirgsverein.
Heute **Sonnabend**
Süßenabend
auf dem Biel.

Bestellungen
auf das „Amts- und Anzeigebblatt“ werden noch fortwährend bei unsren Boten, bei sämtlichen Postämtern und Landbriefträgern und in der Geschäftsstelle des Bl. angenommen und die seit dem 1. Januar cr. erschienenen Nummern, soweit der Vorrat reicht, nachgeliefert.
Geschäftsstelle des Amtsblattes.
Den fälligen Abonnements-Betrag bitten wir nur gegen gedruckte Quittung an unsere Boten verabsolgen zu wollen.



A
für de
Begrüßung...
N 4
Im Austr...
Verordnung...
hat heute am...
vember 1913...
Zur Verh...
Elbenst...
Das Orts...
vom 20. Deze...
meiner minist...
jedermanns...
Elbenst...
Die Pan...
Innen abgege...
tag, den 7...
lösung abite...
Elbenst...
„Deut...
Staatssekretär...
Brockdorff...
Übernahme...
T. B., und...
die Richtlinien...
beabsichtige...
heit und Offen...
lande gegenü...
zu schließen...
einen Frieden...
Verfassung...
sekretär aus...
wird dafür...
Zusagen gewi...
Breite eines...
als Recht...
ter ist das Re...
ner haben...
ruf gemacht...
fordert es ab...
gelten soll...
es auch heiß...
— Zu diese...
des Auswärti...
es könne sie...
Ewiges Verja...
die Entente...
Bolk sei eine...
Herren Clemen...
zösischen Ter...
kennen, daß...
revidieren...
den Deutsch...
uns zu verein...
abhebbare...
hängigkeit...
sich schein...
hatte. Clemen...
er hofft, den...
zu überzeugen...
and die Welt...
den Wilson-Pr...
nen anderen...
menceaus an...
lehnt den Frie...
Verfassung...
welcher Deut...
deutsche Volk